



## Beschluss-Protokoll

der 23. und 24. Sitzung, Amtsjahr 2022-2023

Donnerstag, den 23. Juni 2022, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär  
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

23. Juni 2022, 09:00 Uhr  
23. Sitzung *André Auderset (LDP), Erich Bucher (FDP), Raoul I. Furlano (LDP), Felix Wehrli (SVP).*

23. Juni 2022, 15:00 Uhr  
24. Sitzung *André Auderset (LDP), Erich Bucher (FDP), Mark Eichner (FDP), Raoul I. Furlano (LDP), Toya Kruppenacher (SP), Felix Wehrli (SVP).*

### Verhandlungsgegenstände:

	Mitteilungen	3
10.	Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2018	3
11.	Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2019 und 2020	3
12.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüring betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz	4
13.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	5
14.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"	8
15.	Ratschlag betreffend 9. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2022-2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980	9
16.	Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus; Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)	10
17.	Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt	11
18.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"	13
19.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier"	13

20.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt"	14
21.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen"	15
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend gezielter Ausbau der digitalen Möglichkeiten in den Schulen und in der Zweitausbildung	15
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Task-Force Lehrstellenmarkt: Gemeinsam die Auswirkungen der Corona-Krise bewältigen	16
24.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich	16
25.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung § 30	17
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen	18
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen	18
28.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept	19
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Balz Herter und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung	19
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	21
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	43
	Anhang C: Neue Vorstösse	46

**Beginn der 23. Sitzung**

Donnerstag, 23. Juni 2022, 09:00 Uhr

**Mitteilungen**

[23.06.22 09:00:13, MGT]

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

**Letzte Sitzung Beatrice Isler**

Beatrice Isler hat auf den 30. Juni 2022 den Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Sie gehört seit dem 1. August 2014 zu uns und hat in dieser Zeit in der GPK, der PUK und der Wahlvorbereitungskommission die Politik in unserem Kanton mitgeprägt. Zusätzlich hat Beatrice Isler als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch und der IGPK UKBB die interkantonale Politik geprägt.

Wir verlieren mit Beatrice Isler eine fundierte Politikerin, welche sich für die Oberaufsicht unseres Kantons und auch für ihr Wohnquartier das Gundeli eingesetzt hat. Im Namen des Grossen Rates wünsche ich Beatrice Isler alles Gute für ihre Zukunft und danke ihr für das Engagement für unseren Kanton.

[Applaus]

**10. Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2018**

[23.06.22 09:02:18, UVEK, WSU, 19.1020.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Lisa Mathys (SP); Raffaella Hanauer (GAB); Beat K. Schaller (SVP); Andrea Strahm (die Mitte/EVP); Eric Weber (fraktionslos); Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

**Der Grosse Rat**

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Kenntnisnahme.

**11. Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2019 und 2020**

[23.06.22 09:40:09, UVEK, WSU, 22.0075.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Kenntnisnahme.

**12. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüring betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz**

[23.06.22 09:40:49, UVEK, BVD, 21.0159.02 21.5273.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten, der Beschlussvorlage zuzustimmen und den Anzug abzuschreiben.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Jean-Luc Perret (SP)*

*Raffaela Hanauer (GAB)*: beantragt Rückweisung an die UVEK

Voten: *Brigitte Kühne (GLP); Beat K. Schaller (SVP); Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Abstimmung über Rückweisung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 74 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 194, 23.06.22 10:09:17]

**Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Alinea 1-9

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 195, 23.06.22 10:10:15]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 14'613'000 für die Reduktion von ÖV-Behinderungen und den hindernisfreien Ausbau der Haltestellen gemäss BehiG, für die Verbesserung der Streckenführung und Erhöhung der Verkehrssicherheit, für die Aufwertung des Strassenraums, bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1'655'000 für die Umgestaltung des Strassenraums zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“
- Fr. 3'399'000 neue Ausgaben für die Anpassungen der Gleisanlagen als Darlehen an die BVB
- Fr. 617'000 neue Ausgaben für die Anpassungen der Haltestelleninfrastruktur als Darlehen an die BVB
- Fr. 1'722'000 einmalige Ausgaben für den Trammersatz zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Globalbudget Öffentlicher Verkehr
- Fr. 1'130'000 für die Erhaltung der Strasse gemäss heutigen Strassenstandards zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strasse
- Fr. 952'000 für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss heutigem Standard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen
- Fr. 442'000 für die Anpassung der Lichtsignalanlagen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Lichtsignalanlagen
- Fr. 4'186'000 für die Erhaltung der Gleisanlagen zu Lasten der Rahmenausgabe Erhaltung Gleisanlagen als Darlehen an die BVB
- Fr. 510'000 für den Einbau von velofreundlichen Gleisen an den drei Kaphaltestellen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die UVEK beantragt, den Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüring betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

**13. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen**

[23.06.22 10:10:51, JSSK, BVD, 20.1317.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *David Jenny, Sprecher der JSSK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Michelle Lachenmeier*

*(GAB); Daniel Albietz (die Mitte/EVP); David Jenny, Sprecher der JSSK*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

I.

§1 Beitritt

§2 Zuschlagskriterien

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, § 2 zu streichen.

**Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**2 Ja, 84 Nein, 1 Enthaltung.** *[Abstimmung # 196, 23.06.22 10:39:14]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Änderungsantrag abzulehnen.

**Detailberatung**

§3 Veröffentlichungen

§4 Rechtsschutz

§5 Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen

Abs. 1 lit. a-j

§6 Erklärungen, Änderungen, Rechtskraft

Abs. 1 bis Abs. 4

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein.** *[Abstimmung # 197, 23.06.22 10:40:27]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

I.

§ 1 Beitritt

1 Der Kanton Basel-Stadt tritt der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. November 2019 bei.

§ 2 Zuschlagskriterien (Art. 29 Abs. 1 IVöB)

1 Zusätzlich zu den in der IVöB erwähnten Zuschlagskriterien kann das Kriterium «Verlässlichkeit des Preises» berücksichtigt werden.

§ 3 Veröffentlichungen (Art. 48 Abs. 1 IVöB)

1 Die Auftraggeber veröffentlichen Zuschläge, die ausserhalb des Staatsvertragsbereichs freihändig gemäss Art. 21 Abs. 2 IVöB erteilt wurden.

§ 4 Rechtsschutz (Art. 52 IVöB)

1 Die Beschwerde gegen Verfügungen der Auftraggeber ist ab dem für das Einladungsverfahren massgebenden Auftragswert zulässig.

§ 5 Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat regelt den Vollzug und erlässt die Ausführungsbestimmungen. Er wird ins-besondere ermächtigt:

- a) Vereinbarungen mit Grenzregionen und Nachbarstaaten gemäss Art. 6 Abs. 4 IVöB abzuschliessen;
- b) die für die Kontrollen zuständigen Stellen zu bezeichnen (Art. 12 Abs. 5 IVöB);
- c) die für den Vollzug, die Kontrolle und Aufsicht verantwortlichen Stellen zu bezeichnen bezüglich Art. 28 Abs. 1, Art. 45 Abs. 1 bis 5, Art. 50 Abs. 1 und Art. 62 Abs. 1 und 2 IVöB;
- d) Offertöffnungen als öffentlich vorzusehen (Art. 37 IVöB);
- e) ein zusätzliches Publikationsorgan im Sinne von Art. 48 Abs. 7 IVöB zu bezeichnen;
- f) die Befugnis des Auftraggebers zur Eröffnung von Verfügungen gemäss Art. 51 Abs. 1 IVöB zu delegieren;
- g) die für den einheitlichen Vollzug und die Auskunftserteilung sowie Aus- und Weiter-bildung im öffentlichen Beschaffungswesen zuständige kantonale Stelle zu bezeichnen;
- h) die kantonalen Stellen für die Entgegennahme und Behandlung von Anzeigen der Arbeitnehmenden, der paritätischen Kommissionen oder von anderen Kontrollorganen bei Missachtung von Bestimmungen über den Arbeitsschutz, die Arbeitsbedingungen, die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit, den Schutz der Umwelt oder von Bestimmungen über die Schwarzarbeit gemäss Art. 12 Abs. 1 bis 3 IVöB zu bestimmen;
- i) im Rahmen der staatsvertraglichen Verpflichtungen Bestimmungen zu erlassen, um die Interessen bestimmter Personengruppen oder andere wichtige Themen, insbesondere die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie den Klima- und Umweltschutz, bei öffentlichen Beschaffungen zu fördern;
- j) Gebühren zu erheben.

§ 6 Erklärungen, Änderungen, Rechtskraft

1 Der Regierungsrat erklärt den Beitritt und Austritt zur IVöB gegenüber dem Interkantonalen Organ gemäss Art. 63 IVöB.

2 Der Beitritt zur IVöB wird mit der Abgabe der Beitrittserklärung an das Interkantonale Organ rechtskräftig.

3 Der Regierungsrat ratifiziert Änderungen der IVöB, soweit sie von untergeordneter Bedeutung sind. Ansonsten bedürfen Änderungen der IVöB sowie der Austritt daraus der Zustimmung des Grossen Rates.

4 Der Regierungsrat wird ermächtigt, aus der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 auszutreten, wenn sämtliche Kantone der revidierten IVöB beigetreten sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Das Gesetz über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsgesetz) vom 20. Mai 1999 (Stand 4. März 2010) wird aufgehoben.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

#### **14. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"**

[23.06.22 10:40:43, BRK / UVEK, BVD, 21.1553.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'827'000 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK; Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

*Pascal Messerli (SVP):* beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *René Brigger (SP); Tonja Zürcher (GAB); Brigitte Kühne (GLP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Jeremy Stephenson, Präsident BRK*

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

#### **Abstimmung über Rückweisung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**9 Ja, 70 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 198, 23.06.22 11:24:39]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

#### **Detailberatung**

Titel und Ingress

Alinea 1 Betrag Öffnung Freizeitgartenareal

Alinea 2 Entwicklungsbeitrag

Alinea 3 Inventarschädigungen

Alinea 4 Wiederkehrende Ausgaben Unterhalt Belags- Vegetationsflächen

Alinea 5 Wiederkehrende Ausgaben Unterhalt der öffentlichen WC-Anlagen

Beitrag Bund

Publikations- und Referendumsklausel

#### **Schlussabstimmung**



JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**70 Ja, 9 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 199, 23.06.22 11:25:52]

### Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'827'000 für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur «Gartenlandschaft Milchsuppe» bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 2'460'000 (Baupreisindex Nordwestschweiz Tiefbau, Basis Okt. 2010 = 100%; Oktober 2020 = 107.3) neue Ausgaben für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur «Gartenlandschaft Milchsuppe» zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds“.
- Fr. 260'000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung der öffentlichen Bereiche Freizeitgartenareal Milchsuppe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.
- Fr. 60'000 neue Ausgaben Inventarentschädigungen für das Freizeitgartenareal Milchsuppe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.
- Fr. 35'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei.
- Fr. 12'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der öffentlichen WC-Anlage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt.

Ein allfälliger Beitrag des Bundes in Höhe von voraussichtlich max. Fr. 257'760 (40% der Kosten für Massnahmen zugunsten der Biodiversität) wird nach Abschluss des Projektes vollumfänglich in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 15. Ratschlag betreffend 9. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2022-2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980

[23.06.22 11:26:11, BRK, BVD, 22.0538.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Rahmenausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 12'990'400 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 200, 23.06.22 11:33:00]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der Staatsbeiträge in den Jahren 2022–2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980 wird die 9. Rahmenausgabe in der Höhe von Fr. 12'990'400 zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 16. Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus; Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

[23.06.22 11:33:14, WAK, BVD, 22.0168.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) beantragen, auf das Geschäft 22.0168 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Andrea Elisabeth Knellwolf, Präsidentin WAK;*

*Eric Weber (fraktionslos) beantragt* Nichteintreten und Rückweisung.

### Abstimmung

über das Eintreten

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

### Ergebnis der Abstimmung

**83 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 201, 23.06.22 11:41:39]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft **einzutreten**.

### Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 85 Nein.** [Abstimmung # 202, 23.06.22 11:42:24]

**Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**84 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 203, 23.06.22 11:43:25]

**Der Grosse Rat beschliesst**

I.

Das Gesetz über das Gastgewerbe (Gastgewerbegesetz) vom 15. September 2004 (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:

§ 35 Abs. 1 (geändert)

1 Die Beherbergungsbetriebe sind verpflichtet, die Meldedaten ihrer Gäste vollständig und wahrheitsgetreu täglich im dafür vorgesehenen Meldesystem zu erfassen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

**17. Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt**

[23.06.22 11:43:47, JSSK, JSD, 22.0246.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) beantragen, auf das Geschäft 22.0246 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK; RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD; David Jenny (FDP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Oliver Thommen (GAB); David Jenny (FDP)*

Voten: *Daniel Albietz (die Mitte/EVP)*

**Ordnungsantrag**

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*: Es gibt einen Antrag auf Verzicht der Nachmittagssitzung

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

**Abstimmung**

JA keine Nachmittagssitzung; NEIN Nachmittagssitzung

**Ergebnis der Abstimmung**

**28 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 204, 23.06.22 12:01:39*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Nachmittagssitzung durchzuführen.

**Schluss der 23. Sitzung**

12:00 Uhr

---

**Beginn der 24. Sitzung**

Donnerstag, 23. Juni 2022, 15:00 Uhr

*Lorenz Amiet (SVP)*: beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Daniel Sägesser (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Lorenz Amiet (SVP); Daniel Sägesser (SP)*

Voten: *Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Abstimmung über die Rückweisung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**13 Ja, 69 Nein, 4 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 205, 23.06.22 15:11:42*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**60 Ja, 4 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 206, 23.06.22 15:12:34]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Es wird eine Ausgabenbewilligung über gesamthaft Fr. 1'995'000 für die Beschaffung von neun elektrobetriebenen Transportern der Feuerwehr Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**18. Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"**

[23.06.22 15:13:36, PetKo, 20.5278.04, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Tonja Zürcher, Referentin der PetKo; Pascal Messerli (SVP); Fleur Weibel (GAB)*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P419 (20.5278) ist **erledigt**.

**19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier"**

[23.06.22 15:28:12, PetKo, 21.5434.03, PAE]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Andrea Strahm, Referentin der PetKo; Béla Bartha (GAB)*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P433 ist **erledigt**.

**20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt"**

[23.06.22 15:38:57, PetKo, 21.5820.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo*

*David Trachsel (SVP)*: beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Pascal Pfister (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *David Trachsel (SVP); Pascal Pfister (SP)*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Abstimmung**

Ja erledigt erklären, NEIN Überweisung an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**10 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 207, 23.06.22 15:57:01]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Petition P443 (21.5820) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

**21. Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 “Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen”**

[23.06.22 15:57:28, PetKo, 22.5140.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Andrea Strahm, Referentin PetKo*

*Pascal Messerli (SVP)*: beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Barbara Heer (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Barbara Heer (SP)*

Voten: *Andrea Strahm, Referentin PetKo*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

**Abstimmung**

Ja heisst zur Überweisung an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt erklären.

**Ergebnis der Abstimmung**

**12 Ja, 79 Nein.** [Abstimmung # 208, 23.06.22 16:13:20]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P445 (22.5140) ist **erledigt**.

**22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend gezielter Ausbau der digitalen Möglichkeiten in den Schulen und in der Zweitausbildung**

[23.06.22 16:13:52, ED, 17.5391.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5391 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5391 ist **erledigt**.

**23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Task-Force Lehrstellenmarkt: Gemeinsam die Auswirkungen der Corona-Krise bewältigen**

[23.06.22 16:14:03, ED, 20.5233.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5233 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5233 ist **erledigt**.

**24. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich**

[23.06.22 16:14:30, GD, 21.5810.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD;*

*Oliver Bolliger (GAB)* **beantragt** die Überweisung als Motion.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 209, 23.06.22 16:21:39]

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion 21.5810 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend die Motion 21.5810 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu überweisen.



**25. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung § 30**

[23.06.22 16:22:10, BVD, 21.5840.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

*Raphael Fuhrer (GAB)*: beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Lisa Mathys (SP)*

*Beat K. Schaller (SVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christoph Hochuli (die Mitte/EVP); Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP); Raphael Fuhrer (GAB)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Beatrice Isler (die Mitte/EVP); Raphael Fuhrer (GAB)*;

Voten: *Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 47 Nein.** [Abstimmung # 210, 23.06.22 16:58:19]

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion nicht in einen Anzug umzuwandeln.

**Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**51 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 211, 23.06.22 16:59:25]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 21.5840 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert zwei Jahren** zu **überweisen**.

**26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen**

[23.06.22 16:59:44, PD, 16.5314.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5314 abzuschreiben.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

*Luca Urgese (FDP)*: beantragt Überweisung an die JSSK.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs bei der JSSK.

**Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 84 Nein.** [Abstimmung # 212, 23.06.22 17:12:47]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 16.5314 stehenzulassen und ihn der JSSK zu überweisen.

**27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen**

[23.06.22 17:13:10, PD, 18.5190.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5190 abzuschreiben.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

**Zwischenfrage**

Voten: *Oliver Thommen (GAB); Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

*Harald Friedl (GAB)*: beantragt Überweisung an die JSSK.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs bei der JSSK.

**Ergebnis der Abstimmung**

**0 Ja, 83 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 213, 23.06.22 17:20:22]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 18.5190 stehenzulassen und ihn der JSSK zu überweisen.

**28. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept**

[23.06.22 17:20:52, WSU, 21.5837.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion teilweise rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU*

*Daniel Hettich (LDP):* beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Jérôme Thiriet (GAB)*

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 214, 23.06.22 17:27:47]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 21.5837 in einen Anzug umzuwandeln.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den **Anzug 21.5837** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**29. Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Balz Herter und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung**

[23.06.22 17:28:13, WSU, 21.5793.02, SS]

Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

**Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**83 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 215, 23.06.22 17:29:16]

**Der Grosse Rat beschliesst**

bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung in der vom Grossen Rat bereinigten Fassung einzureichen.

Das Geschäft 21.5793 geht an den **Regierungsrat zum Vollzug**.

Der Antrag 21.5793 ist **erledigt**.

**Schluss der 24. Sitzung**

17:30 Uhr

Basel, 23. Juni 2022

Jo Vergeat  
Grossratspräsidentin

Beat Flury  
I. Ratssekretär

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüning betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz
-----------------	---

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	E	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	A	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüning (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	17	-	15	-	-	2	-	-	-
N	Nein	74	30	1	12	10	8	7	6	-
E	Enthaltung	2	-	1	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	6	-	-	3	1	-	1	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüning betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz
-----------------	---

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	E
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	E
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüning (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	E	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	30	14	13	10	10	8	6	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	3	-	3	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	-	2	1	-	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	2	-	-	-	-	2	-	-	-
N	Nein	84	27	16	12	9	8	7	5	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	12	3	1	3	2	-	1	2	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	27	15	12	9	10	8	5	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	12	3	2	3	2	-	-	2	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	E
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	A
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	E
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	E	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	E	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	9	-	2	-	7	-	-	-	-
N	Nein	70	28	9	12	-	10	7	4	-
E	Enthaltung	6	-	5	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	14	2	1	3	4	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	E
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	E
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	E
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	E	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	E	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	E	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	70	28	9	12	-	10	7	4	-
N	Nein	9	-	-	-	8	-	-	-	1
E	Enthaltung	7	-	7	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	13	2	1	3	3	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag betreffend 9. Rahmenausgabenbewilligung für Staatsbeiträge in den Jahren 2022-2025 gemäss Gesetz über den Denkmalschutz vom 20. März 1980

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	A
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	A	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>80</b>	24	14	13	9	10	6	4	-
N	Nein	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>18</b>	6	3	2	2	-	2	3	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus;  
Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>83</b>	25	16	11	10	10	7	4	-
N	Nein	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>15</b>	5	1	4	1	-	1	3	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus;  
Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	A
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	85	26	16	12	10	10	7	4	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	13	4	1	3	1	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag Einführung eines elektronischen Logiernächtemanagements im Tourismus;  
Anpassung von § 35 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004 (SG 563.100)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	84	26	16	11	10	10	7	4	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	4	1	4	1	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	E	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	E
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>28</b>	-	-	9	10	6	-	3	-
N	Nein	<b>57</b>	28	17	1	-	2	7	1	1
E	Enthaltung	<b>3</b>	-	-	2	-	1	-	-	-
A	Abwesend	<b>11</b>	2	-	3	1	1	1	3	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	E	Luca Urgese (FDP)	E	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	E
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	13	-	-	-	10	2	-	-	1
N	Nein	69	25	16	12	-	6	8	2	-
E	Enthaltung	4	-	-	-	-	1	-	3	-
A	Abwesend	13	5	1	3	1	1	-	2	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag betreffend Beschaffung von eTransportern für die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	A
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	A
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	E
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	E
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	A	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	E	Luca Urgese (FDP)	E	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	A
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	A	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	60	21	13	8	3	6	8	1	-
N	Nein	4	-	-	-	3	1	-	-	-
E	Enthaltung	5	-	-	-	2	1	-	2	-
A	Abwesend	30	9	4	7	3	2	-	4	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt"

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	A	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	10	-	-	-	10	-	-	-	-
N	Nein	75	25	17	13	-	8	8	4	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	13	5	-	2	1	2	-	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen"

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	12	-	-	1	10	1	-	-	-
N	Nein	79	28	17	12	-	9	8	5	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	2	-	2	1	-	-	2	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Beda Baumgartner und Konsorten für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	42	-	-	12	9	7	8	5	1
N	Nein	47	29	17	-	-	1	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	1	-	-	-
A	Abwesend	9	1	-	3	2	1	-	2	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	-	-	13	10	9	8	5	1
N	Nein	47	29	17	-	-	1	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	1	-	2	1	-	-	2	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	E	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	51	29	17	-	-	1	4	-	-
N	Nein	41	-	-	13	10	9	3	5	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	1	-	-
A	Abwesend	6	1	-	2	1	-	-	2	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	A	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	84	27	17	12	7	10	7	4	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	3	-	3	4	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	A	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	A	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	0	-	-	-	-	-	-	-	-
N	Nein	83	28	16	11	7	10	7	4	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	15	2	1	4	4	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	A	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	A	Lea Wirz (GAB)	E	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	55	27	8	-	-	9	7	4	-
N	Nein	26	-	7	11	7	1	-	-	-
E	Enthaltung	3	-	2	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	15	3	-	4	4	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Balz Herter und Consorten auf Einreichung einer Ständesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung
-----------------	---

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	A	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	83	28	17	11	6	10	7	4	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	15	2	-	4	5	-	1	3	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zum Historischen Museum Basel	<b>GPK</b>		22.5209.01
2.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB)	<b>JSSK</b>	BVD	20.1317.02
3.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"	<b>PetKo</b>		20.5278.04
4.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier"	<b>PetKo</b>		21.5434.03
5.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P443 "Kantonale Brückenleistung 60plus - statt Gang aufs Sozialamt"	<b>PetKo</b>		21.5820.02
6.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P445 "Für den Erhalt unserer Friedhofskultur auf dem Hörnli - Nein zum Entfernen von Kreuzen und christlichen Symbolen"	<b>PetKo</b>		22.5140.02
7.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Austrasse im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie zum Anzug Beat Leuthardt und Joël Thüring betreffend vier elektrische Weichen am Brausebad für ein nachhaltigeres und flexibleres Basler Tramnetz	<b>UVEK</b>	BVD	21.0159.02 21.5273.02
8.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Ausgabenbewilligung für die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an einer Kapitalerhöhung der MCH Group AG	<b>WAK</b>	WSU	22.0470.02
9.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2021 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2021 der fünf kantonalen Museen	<b>FKom</b> <b>BKK</b>		22.5239.01
10.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die teilweise Öffnung des Freizeitgartenareals Milchsuppe und Gestaltung des öffentlichen Grünraumes zur "Gartenlandschaft Milchsuppe"	<b>BRK</b>	BVD	21.1553.02
11.	Zweiter Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK) <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	<b>PUK</b> <b>Biozentrum</b>		21.5652.02
12.	Bericht des Regierungsrates betreffend Sammelvorlage Nachtragskredite 2022 <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	<b>FKom</b>	FD	22.0784.01
13.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept		WSU	21.5837.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen		PD	18.5190.04
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen		PD	16.5314.04
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Task-Force Lehrstellenmarkt: Gemeinsam die Auswirkungen der Corona-Krise bewältigen		ED	20.5233.02

### Überweisung an Kommissionen

17.	Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit zur Gegenfinanzierung der Projektkosten zur Digitalisierung einzelner wichtiger Sammlungsbestände des Naturhistorischen Museums Basel	<b>BKK FKom</b>	PD	21.1624.01
18.	Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2021	<b>BKK</b>	ED	22.0666.01
19.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa sowie Ausgabenbericht für eine Städtepartnerschaft im Sinne "Von Stadt zu Stadt" (Sahab, Jordanien)	<b>RegioKo</b>	PD	16.5216.03 19.1710.01
20.	Ratschlag betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie sowie Bericht des Regierungsrates zur Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie	<b>GSK</b>	GD	22.0690.01 21.5017.03
21.	Ausgabenbericht für Ausbau der Massnahmen zugunsten der gesundheitlichen Chancengleichheit im Kanton Basel-Stadt	<b>GSK</b>	GD	22.0612.01
22.	Ratschlag zu einem Kantonalen Gleichstellungsgesetz zu Geschlecht und sexueller Orientierung (Kantonales Gleichstellungsgesetz) sowie Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Nora Bertschi und Konsorten betreffend die Gleichstellung von Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung	<b>JSSK Mitbericht GPK</b>	PD	21.0829.01 17.5022.04
23.	Petition P449 "Keine Aufhebung oder Verschiebung von den Bushaltestellen Linie 31, 38 Thomaskirche, Ensisheimerstrasse, Blotzheimerstrasse"	<b>PetKo</b>		22.5309.01
24.	Petition P450 "Burgfelderstrasse Tempo 30 - Jetzt!"	<b>PetKo</b>		22.5310.01

#### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

25.	Motionen:			
1.	Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie			22.5302.01
2.	David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Erarbeitung strategischer Alternativen zur Beteiligung an der MCH-Group			22.5312.01
26.	Anzüge:			
1.	Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Regulierung der Arbeit auf Abruf im Personalrecht des Kantons Basel-Stadt			22.5295.01
2.	Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Voraussetzungen für Staatsbeiträge			22.5296.01
3.	Eric Weber betreffend Info-Material der Parteien im Parlament			22.5297.01
4.	Eric Weber betreffend Friedenskonferenz in Basel			22.5298.01
5.	Eric Weber betreffend Abschaffung des Sicherheitspersonals im Grossen Rat			22.5299.01
6.	Eric Weber betreffend Städtepartnerschaft von Basel nach Kiev oder nach Saporischschja			22.5300.01
7.	Sandra Bothe und Konsorten betreffend Monitoring zur Sicherstellung von ausreichend und qualifizierten Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen für die Basel-Städtischen Schulen			22.5306.01

**Kenntnisnahme**

27.	Schreiben der Finanzkommission betreffend Dringlicher Nachtragskredit und Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten aus dem Ukraine-Krieg durch Staatsbeitragsempfänger	FKom	WSU	22.0615.02
28.	Bericht des Regierungsrates betreffend IWB Industrielle Werke Basel: Genehmigung der Jahresrechnung 2021		WSU	22.0582.01
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend Ausbau Elsässerbahn nur mit Überdeckung und S-Bahn-Station Morgartenring (stehen lassen)		BVD	19.5368.03
30.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Alexandra Dill betreffend Re-Use und Baustoffkreisläufe für klimafreundlicheres Bauen		BVD	22.5128.02
31.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Annina von Falkenstein betreffend Sicherung von Suizidhotspots		BVD	22.5129.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Michela Seggiani betreffend Homeoffice		FD	22.5144.02
33.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jessica Brandenburger betreffend den Auswirkungen der geschlechts-spezifischen Unterschiede in der medizinischen Versorgung		GD	22.5126.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Wüest-Rudin betreffend Auswirkung von Covid-19 auf Eigenfinanzierung des Campus Gesundheit		GD	22.5131.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jérôme Thiriet betreffend psychische Gesundheit am Arbeitsplatz		GD	22.5137.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Claudia Baumgartner betreffend Schaffung einer polizeilichen «Fachstelle Tierdelikte»		JSD	22.5125.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Nicole Amacher betreffend Rückstufungen und Entzug von Aufenthaltsbewilligungen seit Einführung des neuen AIG 2019 und der COVID-19-Pandemie		JSD	22.5127.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franziska Roth betreffend Berufsinformation und -beratung an den Gymnasien		ED	22.5204.02
39.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Joël Thüning betreffend "Entwicklung der Energiepreise im Kanton Basel-Stadt, wie sauber ist der Strom tatsächlich und was macht der Regierungsrat gegen den bevorstehenden Strom-Blackout?"		WSU	22.5058.02
40.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Fortnite, Minecraft und Amang Us		ED	22.5103.02

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Motionen

#### 1. Motion betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie

22.5302.01

Unabhängig davon, wie jemand zur neuen Wohnschutzpolitik steht, besteht Einigkeit darüber, dass sich Regierung und Behörden an den Volkswillen halten müssen. Es dürfte für alle unbestritten sein, dass sich das Wohnschutzgesetz gegen Missbrauch richtet, währenddem Vermietende erleichterte Bedingungen vorfinden sollen. In diesem Zusammenhang lassen sich die initiiierenden Kreise beim Konzept für einen «Expressschalter» behaften.

Stets war insbesondere in Bezug auf das «Vereinfachte Verfahren» die Rede von «nur minimaler und unbürokratischer Bewilligungspraxis». Dementgegen ist seit dem 28. Mai 2022 eine Website aufgeschaltet, deren Umfang jeglichen Rahmen sprengt. Sie ist viel zu kompliziert und unübersichtlich, stellt bürokratische Maximalmassnahmen über jegliche Vorgaben wie Einfachheit, Konzision, Niederschwelligkeit und Barrierenfreiheit, obwohl nur letztere dem Volkswillen und dem geltenden Gesetz entsprechen.

Ausdruck dieses Bürokratiemonsters sind gigantische Formulare von 17 und 18 Seiten Länge, gespickt mit Multiple Choice-Fragen. Diese auszufüllen bedeutet stundenlange Arbeit. Dies ist besonders stossend in Bezug auf das «Vereinfachte Verfahren» (§ 8c Wohnschutzgesetz), die ja auf sanfte Sanierungsvorhaben zugeschnitten sind. Die Behörden sehen dort nicht etwa einen ganztags geöffneten Expressschalter und ein einfaches mündliches Vorgehen vor. Stattdessen werden Vermietende zur Öffnung und Bearbeitung eines Formulars von nicht weniger als 17 Seiten Umfang gezwungen.

Hinzu kommt, dass solche Formularmonster noch nicht mal digital ausfüllbar sind, sondern in altvaterischer Art von Hand ausgefüllt werden müssen. Zudem ist die befristete Öffnungszeit der Hotline von jeweils 10 bis 12 Uhr von Montag bis Freitag nicht sehr kundenfreundlich.

Aus diesen Überlegungen bitten die Motionäre den Regierungsrat, in Bezug auf die Wohnschutzkommission folgende Massnahmen innert 6 Monaten zu treffen:

1. Es ist umgehend sicherzustellen, dass der Auftritt der Kommission nach aussen sowie die Frage von Eingaben und Formularen grundsätzlich Sache der Kommission ist, und dass diese sich selber organisiert.
2. Sämtliche Formulare sind während einer Übergangszeit von längstens sechs Monaten in geeigneter Weise so vereinfachend auszugestalten, dass
  - a) deren Zahl bezogen auf den Ursprungszustand (Stichtag 1.6.2022) radikal gekürzt wird,
  - b) deren Länge massiv gekürzt und deren Inhalt auf das absolute Minimum beschränkt wird,
  - c) deren Nutzung niederschwellig und benutzerfreundlich möglich ist,
  - d) deren digitale Nutzung vollumfänglich gegeben ist.
3. Die persönliche und die telefonische Erreichbarkeit sind so zu verbessern und zu erleichtern, dass die Öffnungszeiten den üblichen und den zeitgemässen Sprechstundenzeiten entsprechen.

Joël Thüring, Jérôme Thiriet, Balz Herter, Jeremy Stephenson, Pascal Pfister, Niggi Daniel  
Rechsteiner

#### 2. Motion betreffend Erarbeitung strategischer Alternativen zur Beteiligung an der MCH-Group

22.5312.01

Der Regierungsrat verabschiedete am 13. April einen Ratschlag (22.0470), mit dem er dem Parlament einen Kapitalnachschuss von CHF 34 Mio. und ein Erlass des Restdarlehens von CHF 5.8 Mio. für die MCH Group beantragt. Seit Jahren wird vom Regierungsrat gefordert, dass er auf die sich abzeichnenden Debakel MuBa und BaselWorld dem Parlament Alternativen aufzeigt, wie der Messestandort Basel ohne das Konstrukt MCH Group gefördert werden könnte. Nach einer unbefriedigend beantworteten Interpellation betreffend finanzieller Schieflage der MCH Group (19.5210) hat der Grosse Rat vor drei Jahren mit einem ohne Gegenstimme überwiesenen Anzug (19.5236) dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, zu prüfen und zu berichten, «mit welcher alternativen Strategie er die Messe- und Standortförderung und den volkswirtschaftlichen Nutzen sichert ohne Beteiligung an der MCH Group bzw. unter Aufgabe des Konstrukts einer gemischtwirtschaftlichen, börsennotierten AG nach OR 762». Im Anzug wurde deutlich gemacht, dass «es für Parlamente ärgerlich, ja untragbar ist, wenn sie von der Exekutive vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Anzugstellenden wollen darum Transparenz, frühzeitige Information über Alternativen, eine politische Diskussion und vor allem im Grossen Rat keine Sachzwänge vorgelegt bekommen, über die sie dann nur noch pro forma entscheiden können, weil keine Alternativen mehr bestehen.» Drei Jahre später ist

klar: Der Regierungsrat hat nichts gemacht, er präsentiert einen teuren Sachzwang nach dem anderen ohne Alternative (Kapitalerhöhung 2020 25 Mio.; aktuell 2022 40 Mio.). Der Regierungsrat stellt die jetzt geplante Finanzspritze als alternativlos dar, die einzige kurzfristige andere Option sei der sofortige, ungeordnete und konzeptlose Ausstieg aus der MCH Group.

Die Motionäre sind der Meinung, dass der Regierungsrat seine grundlegende strategische Arbeit nicht verweigern soll und dem Parlament trotz gegenteiligem Auftrag nicht wiederholt teure Sachzwänge präsentieren soll. Es müssen Alternativen auf den Tisch. Dazu zählt klar auch die Veräusserung der Beteiligung. Eine solche kann aber nicht einfach so vollzogen werden, der Kanton soll nicht seine Werte konzeptlos verscherbeln, dahinter muss ein Gesamtkonzept mit Standortförderungsstrategie und der (Teil-)Verkauf als Gesamtpaket stehen.

In der Debatte bezüglich des Abschreibens des Anzugs 19.5236 am 16. Februar 2022 argumentierte Regierungsrat Sutter (nach Audioprotokoll), der Grosse Rat habe mit der Zustimmung zur Kapitalerhöhung 2020 zur aktuellen Lösung Ja gesagt und es gäbe keine Alternativforderung seitens des Parlaments. Obgleich es nach Meinung der Motionäre nicht Aufgabe eines Milizparlaments sein kann, dem Regierungsrat seine Messe- und Standortförderungsstrategie zu formulieren, wird nachfolgend ein Vorschlag als «Alternativforderung» präsentiert, den der Regierungsrat in einem Ratschlag ausarbeiten, diskutieren und weitere Alternativen dazu darlegen soll: Der Kanton...

- ... verkauft seine Anteile an der MCH Group. Dieser Schritt stellt einen Mehrwert für die jetzigen und hinzukommenden Investoren dar (Möglichkeit Statutenänderung, unternehmerische Freiheit);
- ... lässt sich diesen Mehrwert abgelten, indem er vertraglich gesichert an künftigen Wertsteigerungen der Gesellschaft oder an Gewinnen in einer gewissen Zeitspanne beteiligt wird – ohne Übernahme von Risiken;
- ... kauft die Messehallen zu einem fairen/günstigen Preis. Auch dieser Schritt stellt einen Mehrwert für die jetzigen und hinzukommenden Investoren dar;
- ... verpflichtet im Gegenzug vertraglich die MCH Group für eine gewisse Zeit (z.B. 10 Jahre) die Hallen mit Messen oder anderen Events zu bespielen bzw. teilweise zu mieten, insbesondere zur Ausrichtung der Art Basel;
- ... gründet eine Betreiberfirma zum Betrieb und Bespielung der Hallen, vorzugsweise zusammen mit einem professionellen privaten Partner.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat in zwei Jahren einen Ratschlag vorzulegen, der eine Veräusserung der Beteiligung an der MCH Group sowie ein Konzept bzw. eine Strategie zur Messe-/ Event-/ Standortförderung ohne Beteiligung an der MCH Group vorsieht gemäss den Ausführungen in dieser Motion. Der Regierungsrat soll im Ratschlag zugleich Alternativen darlegen, wie der Messe- und Eventstandort Basel ebenso gut und nachhaltig gefördert werden kann, über die der Grosse Rat dann entscheiden kann.

David Wüest-Rudin, Claudia Baumgartner, Brigitte Kühne, Tobias Christ, Bülent Pekerman, Sandra Bothe, Niggi Daniel Rechsteiner, Johannes Sieber

## Anzüge

### 1. Anzug betreffend Regulierung der Arbeit auf Abruf im Personalrecht des Kantons Basel-Stadt

22.5295.01
------------

Echte Arbeit auf Abruf bedeutet, dass weder die individuelle eine Arbeitseinteilung (Einsatzplan) noch die effektive Arbeitszeitdauer (Einsatzzeit) oder beides nicht im Voraus vereinbart wird, sondern einseitig vom Arbeitgeber situativ bestimmt wird. Bei der unechten Arbeit auf Abruf haben die Arbeitnehmenden das Recht, die Arbeit abzulehnen (oder anzunehmen). Dies ist bei der unechten Arbeit auf Abruf nicht so ist, und damit wird das Unternehmerrisiko auf die Arbeitnehmenden abgewälzt wird. Die Arbeitnehmenden erhalten weder eine Entschädigung für die Rufbereitschaft noch haben sie eine Garantie auf ein Minimum an Arbeitsstunden – und damit ein Mindesteinkommen. Entsprechend prekär und dramatisch sind oft die wirtschaftlichen Folgen von echter Arbeit auf Abruf für die Arbeitnehmenden. Auch die in gewissem Masse «mitbestimmte» unechte Arbeit auf Abruf hat ihre wirtschaftlichen Risiken für Arbeitnehmende: Oft werden Arbeitsangebote von Seiten des Arbeitgebers nach einigen Ablehnungen von Einsätzen oder während Kündigungsfristen drastisch reduziert.

Das Bundesgericht hat zwar Arbeit auf Abruf nicht als grundsätzlich unzulässig gewertet, jedoch in verschiedenen Urteilen Lohnfortzahlungspflichten bzw. Entschädigung von Rufbereitschaft geschützt. Immer wieder beschäftigen sich auch kantonale Gerichte mit Rechtsfragen bzw. -streitigkeiten im Zusammenhang mit Arbeit auf Abruf, weil klare gesetzliche Rahmenbedingungen fehlen.

Auf nationaler Ebene ist mit dem im Ständerat angenommenen Postulat Cramer bereits ein gewisser Konsens betreffend die Notwendigkeit Arbeit auf Abruf im Privatrecht zu regulieren spürbar.

Das Bedürfnis für Arbeitnehmende auf Abruf existiert aber nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im Bereich des Personalrechts des Kantons Basel-Stadt. Auch hier fehlen klare, genügende rechtliche Rahmenbedingungen, die

sowohl den Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmenden vor Rechtsunsicherheiten bzw. wirtschaftlichen Risiken bewahrt. Dies obwohl einfache Lösungen wie die Festlegung von einer minimalen durchschnittlichen Arbeitszeit im Arbeitsvertrag oder eine Entschädigung für Rufbereitschaft ähnlich der Pikettregel auf der Hand liegen.

Entsprechend wird der Regierungsrat gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie sowohl echte wie auch unechte Arbeit auf Abruf im kantonalen Personalrecht zum Schutze der Arbeitnehmenden und dem Arbeitgeber entsprechend den oben erwähnten Ansätzen oder anderen reguliert werden kann.

Toya Krummenacher, Tonja Zürcher, Patrizia Bernasconi, Christian von Wartburg, Oliver Thommen, Beda Baumgartner, Olivier Battaglia, Anina Ineichen, Claudio Miozzari, Pascal Pfister, Beatrice Messerli, Heidi Mück

## 2. Anzug betreffend Voraussetzungen für Staatsbeiträge

22.5296.01

Es ist wohl ein akzeptierter Grundsatz, dass die öffentliche Hand niemandem finanzielle Leistungen gewähren soll, der offensichtlich und systematisch gegen die üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen verstösst. Im Submissionsrecht wird deshalb von den Anbietern die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen verlangt.

Im Submissionsrecht werden aber nicht alle Empfänger von geldwerten Leistungen der öffentlichen Hand erfasst. Gerade im Bereich der Empfänger von Finanzhilfen und Abgeltungen fehlt eine entsprechende, allgemeine Schutzbestimmung. Zwar finden sich in einzelnen Spezialgesetzen entsprechende Regelungen, aber damit werden selbstredend nur jene Empfänger erfasst für welche betreffende Spezialgesetze gelten.

Die einfachste Lösung, um die Einhaltung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen darzulegen aber auch zu überprüfen, ist die Beteiligung des Leistungsempfängers an einem Gesamtarbeitsvertrag.

Es scheint daher sinnvoll, eine allgemeine Regelung im Staatsbeitragsgesetz ähnlich §5 des Beschaffungsgesetzes zu verankern. Da es sich jedoch gerade im Subventionsbereich um Leistungsempfänger aus sehr vielfältigen Branchen und sehr unterschiedlicher Grösse handelt, wäre es wohl sinnvoll eine solche Voraussetzung zum Beispiel an die Grösse des Subventionsempfängers oder die Subventionshöhe oder deren Charakter abhängig zu machen. Das Ziel ist nicht etwa z.B. für kleinere Vereine oder Institutionen die Hürden für Subventionen zu erhöhen, sondern bei gewichtigen Leistungsempfängern bzw. hohen Staatsbeiträgen eine gewisse Gleichbehandlung mit Unternehmen, die Gelder der öffentlichen Hand über Submissionen erhalten zu erreichen und so auch sicherzustellen, dass die öffentliche Hand nicht Institutionen oder Unternehmen finanziert, welche die üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen unterwandert.

Es wäre auch vorstellbar, dass Institutionen oder Organisationen, die bereits einen Gesamtarbeitsvertrag mit repräsentativen Sozialpartnern auf Arbeitnehmendenseite beteiligt sind, einen erleichterten Zugang zu Staatsbeiträgen haben könnten, als solche die an keinem Gesamtarbeitsvertrag beteiligt sind.

Der Regierungsrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten wie im Staatsbeitragsgesetz unter den Voraussetzungen zur Gewährung von Finanzhilfen und Abgeltungen, geregelt werden könnte, dass namhafte Leistungen der öffentlichen Hand nicht an Empfänger gehen, die die üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen untergraben, ohne dabei die Hürden insbesondere für kleinere zu erhöhen.

Toya Krummenacher, Patrizia Bernasconi, Pascal Pfister, Beatrice Messerli, Beda Baumgartner, Tonja Zürcher, Anina Ineichen, Oliver Thommen, Claudio Miozzari, Christian von Wartburg

## 3. Anzug betreffend Info-Material der Parteien im Parlament

22.5297.01

Vielen Bürgern fehlt heute die Information über die Parteien. Ist man in grossen Parlamenten wie im Bundestag in Berlin oder im Europa-Parlament in Strassburg oder in Landtagen in Deutschland, so findet man im Parlamentsgebäude überall von allen Parteien Info-Ständer mit Material zum mitnehmen.

Da es scheinbar verboten ist, auf der Parlamentstribüne Flugblätter zu verteilen, sollte eine schöne Lösung gefunden werden, dass es nicht zu Gehässigkeiten kommt.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie ermöglicht werden kann, dass jede Partei im Rathaus ihr Info-Material auslegen kann. Auf der Tribüne gibt es am Rand schon so ein Fach, wo der Sitzplan vom Parlament drin liegt und die Tagesordnung. Genau dort könnten weitere Fächer angebracht werden, für die Parteien.

Eric Weber

## 4. Anzug betreffend Friedenskonferenz in Basel

22.5298.01

Der Krieg tobt in Europa. Vor unserer Haustüre. Das ist sehr gefährlich, denn die USA ist wieder einmal weit weg und es wird die USA nicht treffen.



Die Schweiz bekannt als neutraler Staat, ist daher immer legitimiert, eine Friedenskonferenz durchzuführen. Im Sommer findet im Kanton Tessin eine Geber-Konferenz für die Ukraine statt. Darunter versteht man eine Konferenz, die Geld für die Ukraine organisieren wird.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass Basel-Stadt eine Europäische Friedenskonferenz organisieren kann.

Basel hat eine lange Geschichte. Das Konzil von Basel. Dann lebte der Russische Zar zwei Jahre lang in Basel. Unsere Stadt soll sich weiterhin einen Namen machen, für den Frieden in der Welt.

Eric Weber

**5. Anzug betreffend Abschaffung des Sicherheitspersonals im Grossen Rat**

22.5299.01

Es fällt auf, dass im Parlament auf der Tribüne immer Sicherheits-Personal ist. Auch sonst im Gebäude.

Die Grossräte wurden darüber nie informiert. Es sind weitere Kosten, die auf den Steuerzahler zukommen.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten, zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass das Sicherheitspersonal wieder vollständig abgebaut wird.

Eric Weber

**6. Anzug betreffend Städtepartnerschaft von Basel nach Kiew oder nach Saporischschja**

22.5300.01

Der Ukraine Krieg wird uns noch länger beschäftigen. Und daher ist es doch sinnvoll, wenn an mögliche Städtepartnerschaften an die Ukraine gedacht wird. Zum Beispiel nach Kiew oder an die Stadt Saporischschja.

Saporischschja ist wie Basel an einem grossen Fluss gelegen.

Die Basier Regierung wird gebeten zu prüfen, wie ermöglicht werden kann, dass es neue Städtepartnerschaften geben kann.

Eric Weber

**7. Anzug betreffend Monitoring zur Sicherstellung von ausreichend und qualifizierten Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen für die Basel-Städtischen Schulen**

22.5306.01

Der Mangel an adäquat ausgebildeten Lehr- und Fachpersonen an Schulen ist schweizweit ein Thema. Andere Kantone publizieren dazu ihre Zahlen: So fehlen im Kanton Luzern aktuell 233 Lehrpersonen, im Kanton Zürich sind es rund 950 und im Kanton Bern rund 500 Lehrpersonen. Der Kanton Basel-Stadt publiziert dazu keine Zahlen.

Gute Schulen brauchen angemessen ausgebildete Lehrpersonen und qualifizierte Fachpersonen in genügender Anzahl. Infolge von Pensionierungen und Kündigungen verlassen tendenziell mehr Schulpersonal die Volksschule als an den Pädagogischen Hochschulen ausgebildet werden. Ausserdem streben jüngere Lehrpersonen, die in den Beruf einsteigen, häufig ein Teilzeitpensum an und verbleiben weniger lang im Beruf.

In seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk vom 16. Dezember 2020 betreffend die Anstellungen von Lehrpersonen hält der Regierungsrat fest, dass im Jahr 2019 160 Lehrpersonen der Volksschule gekündigt haben. In den vorangehenden Jahren waren es 114 Personen (2017) bzw. 147 Personen (2018). Zudem unterrichteten im Schuljahr 2020/21 an der Volksschule 240 Personen ohne ein von der EDK anerkanntes Diplom.

Solange ein installiertes Monitoring fehlt, das darstellt, wie viele Lehr- und Fachpersonen jährlich ihren Arbeitsvertrag auflösen, wie viele Stellen nicht bzw. mit nicht adäquat qualifizierten oder mit unqualifizierten Personen besetzt und wie viele Stellen von Studierenden bzw. Pensionierten übernommen werden, kann nicht beurteilt werden, ob nicht auch in Basel-Stadt ein akuter Lehrpersonenmangel herrscht.

Nur wenn Daten gesammelt, systematisch aufbereitet, analysiert und interpretiert werden, können sinnvolle Massnahmen beschlossen und nachhaltige Steuerungsentscheide getroffen werden. Ein Monitoring in diesem Sinne würde auch helfen, vorgeschlagenen Massnahmen weiterzuentwickeln.

Schliesslich hängt die Qualität des Bildungssystems respektive das Erreichen der Bildungsziele zu einem wesentlichen Teil von adäquat ausgebildeten Lehrpersonen und Schulleitungen ab. Ein Monitoring legt die Basis, von der ausgehend eine datengestützte Strategie formuliert und entsprechende Massnahmen geplant werden können, die nicht nur den Bedarf an Lehr- und Fachpersonen und Schulleitungen decken, sondern auch deren Ausbildungsstand berücksichtigen.

Ausgehend von dieser Darlegung bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat, ein Monitoring einzurichten, das die Besetzung von Stellen von Lehr- und Fachpersonen sowie den Schulleitungen an den Volksschulen von Basel-Stadt jeweils zu Beginn des neuen Schuljahres aufzeigt und über folgende Punkte informiert:

- Wie viele Stellen mit adäquat ausgebildeten Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen jährlich besetzt werden, aufgeschlüsselt nach Schulstufen
- Wie viele Stellen jährlich an den verschiedenen Schulstufen mit Personen, die nicht über ein EDK- anerkanntes Diplom verfügen, besetzt werden
- Wie viele Stellen davon von Studierenden bzw. von Pensionierten besetzt werden, nach Schulstufe aufgeschlüsselt
- Wie viele Arbeitsverhältnisse im Lehr- und Fachpersonen und bei den Schulleitungen jährlich aufgelöst werden, aufgeschlüsselt nach Schulstufen
- Wie viele Stellen jährlich an den verschiedenen Schulstufen nicht besetzt werden können.  
Sandra Bothe, Brigitte Gysin, Beatrice Messerli, Sasha Mazzotti, Catherine Alioth, Béla Bartha, Erich Bucher, Jenny Schweizer, Balz Herter

## Schriftliche Anfragen

**1. Schriftliche Anfrage betreffend die hohen Kündigungszahlen an der Volksschule im Vergleich mit den Mittelschulen, den Berufsschulen und den höheren Fachschulen**

22.5311.01

Bei den Vorbereitungsarbeiten für einen Anzug habe ich die Antwort der Regierung auf die schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk betreffend Anstellungen von Lehrpersonen vom 15. Dezember 2020 nochmals genau gelesen.

Auf die Frage, wie viele Lehrpersonen beim Kanton Basel-Stadt in den letzten drei Jahren – also von 2017 bis 2019 – gekündigt haben, antwortete die Regierung wie folgt: An den Volksschulen kündigten im Jahr 2019 - 160, im 2018 - 147 und im 2017 - 114 Lehrpersonen.

Im Jahr 2019 waren gemäss Zahlenspiegel Bildung 20/21 2610 Lehrpersonen an der Volksschule angestellt.

An den Mittelschulen, Berufsfachschulen und höheren Fachschulen haben im Jahr 2019 - 4, im 2018 - 2 Lehrpersonen und im 2017 - 1 Lehrperson das Arbeitsverhältnis aufgelöst.

Im Jahr 2019 waren gemäss Zahlenspiegel Bildung 20/21 1'131 Lehrpersonen angestellt.

Die zahlenmässig proportional viel höheren Kündigungszahlen an den Volksschulen - im Vergleich mit den Mittelschulen, Berufsfachschulen und höheren Fachschulen – sind augenfällig. Sie können meiner Meinung nach nicht allein mit den Gründen (Mutterschaft, altersbedingte Abgänge, private Gründe oder Wechselwünsche), die in der Antwort der Regierung aufgeführt sind, erklärt werden, da diese Gründe grundsätzlich für alle Schulstufen geltend gemacht werden können.

Gemäss Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz sind insbesondere auch die Stellen von Klassenlehrpersonen an der Primarschule – vom akuten Lehrpersonenmangel betroffen.

Die Qualität des Unterrichts, die Bildungsqualität an den Schulen von Basel-Stadt, hängt von gut qualifizierten Lehrpersonen und gut ausgebildeten Fachkräften ab.

Infolgedessen drängt es sich auf, auch die Ursachen für Kündigungen zu klären, um entsprechende Massnahmen zu ergreifen, damit die Attraktivität und die Rahmenbedingungen des Lehrberufs insbesondere auf der Primarstufe gesteigert werden können. Deshalb bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was sind die Gründe für die zahlenmässig deutlichen Unterschiede bei den Kündigungen von Lehrpersonen an der Volksschule im Vergleich zu jenen an den Mittelschulen, Berufsfachschulen und den höheren Fachschulen?
2. Welche Belastungsfaktoren und Berufsanforderungen führen nach Ansicht der Regierung zu Kündigungen in der Volksschule?
  - a. Inwiefern spielt die Komplexität der Aufgaben infolge der Reformen und Integrativen Schule mit der damit verbundenen Arbeitsbelastung eine Rolle?
  - b. Inwiefern sind die Unterschiede auf die Lohnunterschiede zurückzuführen?
  - c. Sind Unterschiede bei den Kündigungen in Bezug auf die Berufsphase festzustellen mit Fokus auf Berufseinsteigende versus erfahrene Lehrpersonen?
  - d. Inwiefern spielen Laufbahn-Ziele eine Rolle?
  - e. Inwiefern spielen geschlechts- und stufenspezifische Unterschiede eine Rolle?
  - f. In Bezug auf die Kündigung wegen Familiengründung – wie viele Lehrpersonen geben den Beruf auf, wie viele Lehrpersonen arbeiten reduziert weiter?
  - g. Wie werden Lehrpersonen zum Wiedereinstieg motiviert?

3. Welche Faktoren machen die Arbeit an den Mittelschulen, den Berufsfachschulen und den höheren Fachschulen ganz konkret attraktiver?
4. Welche konkreten Massnahmen plant der Regierungsrat, um dem drohenden Lehr- und Fachpersonenmangel an der Volksschule von Basel-Stadt entgegenzuwirken?

Sandra Bothe

## 2. Schriftliche Anfrage betreffend Storchenparking schliessen?

22.5313.01

Das Storchenparking bzw. das mit ihm verbundene MIV-Verkehrsaufkommen bildet, mitten im Stadtzentrum, einen ärgerlichen Fremdkörper. Es stört den gesamten Güter- und Lieferverkehr sowie den ÖV und den Veloverkehr. Die Belastungen führen zu Fahrt-, Reise- und Lieferverzögerungen und verteuern somit sämtliche damit verbundenen Dienstleistungen, was sich tendenziell auch in den Rechnungslegungen, Abgeltungen und Lieferpreisen abbildet. Abgesehen von diesen ökonomisch belastenden Faktoren beeinträchtigt das Storchenparking permanent die Lebensqualität der gesamten Wohnbevölkerung, weil die Menschen in der Innenstadt flanieren möchten. Auch so gesehen ist das Storchenparking nicht mehr zeitgemäss und ein Auslaufmodell.

Besonders ausgeprägt sind die Belastungen durch das Storchenparking in den häufigen Zeiten massiver Rückstaus in der Spiegelgasse und teils bis in den Blumenrain hinein. Solche Auswirkungen können gut und gern als gesetzwidrige Beeinträchtigungen des ÖV betrachtet werden, dies vor allem was den Busverkehr aus Richtung Universitätsspital zur Haltestelle Schiffflände betrifft. An besonders MIV-belasteten Tagen – häufig an Samstagen – führt dies zusätzlich zur Behinderung des Tramverkehrs, insbesondere von Tram 11, welches trotz faktischen Eigentrassees im Blumenrain aufgrund der Undiszipliniertheit der MIV-Lenkenden nicht oder nicht ungehindert vorwärts kommt.

All diese Nachteile sind letztlich bloss Partikularinteressen geschuldet. Es ist in keiner Weise einsichtig, wieso sich MIV-Lenkende einen Vorteil gegenüber der gesamten übrigen Bevölkerung verschaffen können, indem sie überproportional dynamische und statische Verkehrsfläche für sich allein in Anspruch nehmen und der übrigen Wohnbevölkerung wegnehmen.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Ist das Storchenparking noch gesetzeskonform?
2. Falls nein, ist die Regierung bereit, es unverzüglich zu schliessen?
3. Falls ja:
  - a) Lässt es sich aufgrund der heutigen rechtlichen Grundlagen permanent schliessen?
  - b) Welche enteignungsähnliche Massnahmen wären ggf. möglich?
  - c) Lässt es sich kurzfristig gestützt auf den verfassungs- und gesetzmässigen Vorrang des ÖV (hier: Busse) und zur Verhinderung der häufigen Staus an Samstagen und an weiteren Verstauungstagen tagsüber schliessen?
  - d) Mit welchen weiteren Sofortmassnahmen, etwa Pfortnersystemen und Zufahrtsbeschränkungen, kann der häufige Rückstau aus der Spiegelgasse und aus dem Blumenrain verbannt werden?
4. Welche rechtlichen Grundlagen (bitte möglichst präzise) müssten andernfalls geschaffen werden, um das Ziel, das Storchenparking zu schliessen, zu erreichen?

Beat Leuthardt

## 3. Schriftliche Anfrage betreffend Tram- und Velofeindliche Lichtsignalanlagen beseitigen?

22.5314.01

Heute werden die Tram-Fahrgäste regelmässig um ihren Vortritt gebracht, weil die Tramzüge an Kreuzungen/ Knoten durch Lichtsignalanlagen (LSA) verlangsamt oder ganz gestoppt und so behindert werden. Die aktuellen LSA-Steuerungen geben dem MIV immer wieder freie Fahrt zulasten der Tramzüge (und auch des Veloverkehrs). Dies steht im Gegensatz zum verfassungsmässig und gesetzlich verbrieften Vorrang für die Tram-Fahrgäste, und ebenso im Widerspruch zu Rats- und Volksentscheiden, die die Bedürfnisse des MIV an Knoten als absolut nachrangig definieren.

Dafür verantwortlich sind subalterne Behörden. Sie haben für die LSA-Steuerungen eigene Kriterien aufgestellt und Regularien verfasst. Betrieben sie früher Verkehrspolitik mit dem Schraubenzieher, indem die LSA an den Schaltkästen vor Ort manuell eingestellt wurden, so bedienen sie sich heute ihrer Algorithmen, die sie per Laptop und Enter-Taste auf die örtlichen Knoten übertragen.

Ihre sämtlichen Konzepte und Mechanismen der Steuerung betrachten die massgeblichen Behörden seit jeher als intern. Weder erkannten sie bisher die (auch rechtliche) Notwendigkeit, diese Kriterien publizieren zu müssen, noch wollen sie sie vom Parlament oder von der Stimmbevölkerung gutgeheissen wissen. Anders etwa in Bern, wo ein ausführliches Handbuch publiziert ist, was – übertragen auf Basel –eine öffentliche Debatte erlauben würde:

<<https://www.bern.ch/themen/planen-und-bauen/bern-baut/arbeitshilfen/handbuch-lichtsignalanlagen/ftw-simplelayout-filelistingblock/hb-lsa-be-v2-0-20200703.pdf/download>>

Die Einführung rechtskonformer und Tram-optimierter LSA-Steuerungen würde bedeuten, dass Tram-Fahrgäste – wie in anderswo in Schweizer Städten – in Tramzügen ohne Tempoverminderung und erst recht ohne LSA-Stopp auf Kreuzungen zufahren und diese überqueren können. Bei Haltestellen vor Kreuzungen würden Tramzüge jederzeit ungehindert losfahren können, ohne Wartezeit und auch ohne Bestrafung durch zu kurze Fahrtfreigabezeiten.

Für den Veloverkehr an Kreuzungen bzw. Knotenpunkten gelten zwar rechtlich nicht dieselben Vortrittsregelungen wie für Tramzüge; faktisch müssten aber auch sie vom bedingungslosen Tram-Vortritt profitieren können. Als Beispiel sei die heute rechtswidrig (auch) auf den MIV ausgerichtete Spalenter-Kreuzung genannt: Das Tram muss kürzer oder länger warten, auch noch abhängig vom Verkehrsfluss und der Tageszeit; erhält es dann endlich Fahrtfreigabe, werden die Velofahrenden am parallelen Überqueren der Kreuzung gehindert. Andernorts werden Velo-Grünphasen zugunsten der (relativen) OeV-Priorität geopfert. Solches ist unzulässig und verstärkt die Tendenz, Tram-Fahrgäste und Velofahrende auseinanderzudividieren.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Welche Menge zusätzlicher Energie wird pro Jahr verbraucht, weil Tramzüge von 40 bis 70 Tonnen Gewicht vor Lichtsignalanlagen (LSA) leicht oder gänzlich abbremsen und anschliessend wieder beschleunigen müssen (grobe Schätzungen genügen)?
2. Welche zusätzlichen staatlichen und privatwirtschaftlichen Kosten entstehen jährlich kumuliert durch Fahrzeitverluste aufgrund nicht absolut prioritär geschalteter LSA-Steuerungen (grobe Schätzungen genügen)?
3. Ist die Regierung bereit, die Anmelde- und Wartezeiten als Sofortmassnahme einheitlich kurz zu gestalten, sodass Tramzüge an sämtlichen Knoten während der gesamten Betriebszeit identische Bedingungen vorfinden und die Fahrtverzögerungen berechenbar werden, dies im Sinne vorausschauenden Fahrens (Bsp. Mulhouse)?
4. Ermöglicht sie es, Knoten hinter Haltestellen für Tramzüge freizuschalten, bevor diese abfahrtbereit sind?
5. Ermöglicht sie es, Knoten hinter Haltestellen ohne Limit freizuhalten, auch wenn sich die Abfahrt von Tramzügen um bis zu 20 Sekunden verzögert?
6. Ermöglicht sie Tramzügen diese Freischaltung und Freihaltung auch dann, wenn dadurch der querende MIV längere Wartezeiten in Kauf nehmen muss?
7. Verzichtet sie im Sinne von Ziff. 6 auf das heute gängige „Abfluss-Grün“, mit dem einzelne MIV-Fahrzeuge noch rasch Vorrang vor fahrbereiten Tramzügen erhalten?
8. Ist sie bereit, absolute Tramzug-Priorität zusätzlich dadurch abzusichern, dass allfällige Staufolgen mittels konsequent errichteter Pförtnersysteme verhindert oder vermindert werden?
9. Ist sie bereit, die LSA bei Knoten mit Tramzügen abzuschaffen, um den Vorrang der Tramzüge wiederherzustellen?
10. Ist sie bereit, das Handbuch bzw. Reglemente und Regularien zu den Basler LSA-Steuerungen unverzüglich zu publizieren?
11. Ist sie bereit, dieses Handbuch innert Jahresfrist durch ein umfangreicheres zu ersetzen, welches den rechtlichen Anforderungen inkl. Parlamentsbeschlüsse und Volksentscheidungen angepasst ist?
12. Ist sie bereit, die LSA-Steuerungen an die zuständigen Verkehrs-Fachbetriebe auszulagern, welche über das bessere Knowhow und über die höhere Motivation verfügen, um die Abläufe an den Knoten korrekt zu steuern? (Bsp. Bern/bernmobil)

Beat Leuthardt

#### 4. Schriftliche Anfrage betreffend Fahrgäste an Tramhaltestellen schützen statt gefährden?

22.5315.01

Tram-Fahrgäste hätten ein Anrecht auf sicheres Aus- und Einsteigen an sämtlichen Tramhaltestellen. Dies gilt insbesondere für Haltekanten ohne Traminsel. Doch heute sind einzelne Haltestellen sehr unangenehm, und dies auf allen städtischen Tramlinien:

Tram 1: Voltaplatz beidseits,

Tram 2: Markthalle Rtg. IWB,

Tram 3: Salinenstrasse beidseits und Pilgerstrasse Rtg. Spalenter,

Tram 6: Holbeinstrasse beidseits und Schiffflände Rtg. Kleinbasel,

Tram 8: Feldbergstrasse und Bläsiring je beidseits sowie Schiffflände Rtg. Kleinbasel,

Tram 14: Musical Theater und Riehenring je beidseits sowie Schiffflände Rtg. Kleinbasel,

Tram 15: Tellplatz Rtg. Bruderholz,

Tram 16: Markthalle Rtg. IWB.

Dass vor einzelnen dieser Gefahrenherde teils hoch hängende Ampeln montiert sind, ist eine rein technische bzw. technokratische Lösung, die nur den Schein der Absicherung liefert, in Wirklichkeit aber das Risiko der Fahrgäste noch erhöht. Vor allem an Stellen, an denen der Fahrgastwechsel auf die Fahrbahn hin erfolgt, sind Gefährderinnen und Gefährder im Auto oder auf dem (E-) Velo häufig zu beobachten.

Nicht nur unangenehm, sondern der nackte Horror sind zwei komplett schutzlose Haltestellen: Schiffflände Rtg. Kleinbasel und Markthalle Rtg. IWB.

Bei der Sicherheit von ÖV-Nutzenden wäre „zero tolerance“ angesagt. Dies kann allerdings nicht den ÖV -Betreibern BVB und BLT angelastet werden, da das BVD sich für sämtliche bauliche Massnahmen zuständig erklärt. Rechtfertigungen wie Unfallstatistiken geben nicht nur ein ungenügendes Bild ab, sondern wären im Fall eines Rechtsstreits auch nicht geeignet, die Verantwortlichen innerhalb des BVD zu exkulpieren.

Davon unabhängig besteht auch die verfassungsrechtliche und gesetzliche Verpflichtung, den ÖV und dort insbesondere den Tramverkehr attraktiver zu machen und dessen Nutzung zu fördern. Unsichere Haltestellen wie die obgenannten stehen diesem Ziel diametral entgegen. Sie schaffen auch eine verwaltungsinterne Verpflichtung zur raschen Attraktivierung des ÖV mittels Beseitigung des Gefährdungspotenzials an den Haltestellen.

Nur am Rand sei die Alters- und Behindertenfeindlichkeit dieser faktisch ungeschützten Haltestellen erwähnt.

Damit es nicht zu Haftungsklagen noch zu Verantwortlichkeitsklagen gegenüber BVD-Verantwortlichen kommen muss, ist als Sofortmassnahme die Absicherung der Haltestellen durch Fahrbahnteiler aus Plastik (evtl. mit Wasser füllbar) oder aus Beton angezeigt.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Teilt die Regierung die Auffassung, dass die genannten Tram-Haltestellen (-Kanten) Sofortmassnahmen zur Absicherung benötigen?
2. Ist die Regierung insbesondere bereit, die Fahrgäste der Tram-Haltestelle Schiffflände Rtg. Kleinbasel mit dauerhaften Fahrbahnteilern aus Plastik (evtl. Beton, siehe Abbildungen 1 und 2), die neben dem Heck der Tramzüge platziert werden, gegen eindringende Velofahrende zu schützen?
3. Ist sie zu einer gleichartigen Massnahme an der Haltestelle Markthalle Rtg. IWB gegenüber durchfahrenden MIV- und Velo-Fahrzeugen bereit?
4. Mit welchen Mitteln lassen sich die übrigen genannten Haltestellen ebenfalls rasch absichern?
5. Ist die Regierung bereit, bei den Sicherungsmassnahmen zugunsten der Tram-Fahrgäste auf millionenschwere Umfassendplanungen zu verzichten und pragmatische Lösungen zu bevorzugen?
6. Sollte die Regierung zu einzelnen oder allen Massnahmen gemäss Ziff. 2 bis 5 nicht bereit sein, was würde sie dann etwa jenen Fahrgästen an der Schiffflände, die aus dem Tramzug aufs Trottoir flüchten müssen, zur Begründung mitgeben?

Beat Leuthardt

##### 5. Schriftliche Anfrage betreffend Gefahrenpotenzial Rockerbanden

22.5317.01

Gewalt zwischen rivalisierenden Rockerbanden hat inzwischen auch die Schweiz erreicht. Im Zusammenhang mit einem Prozess kam es in den letzten Tagen in Bern vor dem Regionalgericht zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen je rund 100 Mitgliedern der Hells Angels und der Bandidos, darunter auch solchen aus dem Ausland. Dank dem Einsatz vieler Polizeikräfte konnten die beiden Parteien voneinander getrennt werden. Dazu mussten auch ganze Strassen gesperrt werden. Ebenfalls kürzlich kam es in einer Genfer Bar zu einer wildwestmässigen Schiesserei zwischen Mitgliedern beider Banden. Während manche Ereignisse wie jenes in Genf darauf hindeuten, dass die Gewalt primär die Mitglieder der Banden betrifft und gefährdet, haben die Ereignisse in Bern gezeigt, dass davon auch schnell Unbeteiligte betroffen sein können. Wie der Berichterstattung zum Hintergrund dieser Ereignisse zu entnehmen ist, versuchen Mitglieder der Bandidos in der Schweiz Fuss zu fassen und Charters zu gründen, was die Hells Angels nicht zulassen wollen. «Grundsätzlich lässt sich sagen, dass auch in der Schweiz ein ernst zu nehmendes Konfliktpotenzial in der Szene der Rocker- und rockerähnlichen Gruppierungen vorhanden ist», wird das Fedpol in den Medien zitiert.

Zu dieser potenziellen Gefährdung im öffentlichen Raum kommt die Frage hinzu, inwiefern Rockerbanden in organisiertes Verbrechen involviert sind. Gemäss Fedpol seien bisher in der Schweiz dazu noch keine Mitglieder von Rockerbanden wegen der Beteiligung an organisiertem Verbrechen verurteilt worden. Im Ausland scheinen hierzu allerdings andere Erfahrungswerte vorzuliegen, so wurden in Deutschland und den Niederlanden verschiedene Rockerbanden als kriminelle Organisation verboten.

Unbestritten ist, dass viele Mitglieder solcher Banden schon mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Wie der schwedische Kriminologe Amir Rostami in einem Interview im Tagesanzeiger sagt (1.6.22), sei die Situation in Schweden untersucht worden, wobei es sich gezeigt habe, dass ein hoher Prozentsatz der Mitglieder in verschiedene kriminelle Aktivitäten verwickelt sei. In den Niederlanden sei Ähnliches festgestellt worden. Die Clubs seien attraktiv für Personen, die schon einen kriminellen Background haben. Zudem gebe es in ihnen generell eine hohe Akzeptanz, Verbrechen zu begehen.

Glücklicherweise kam es bisher in der Schweiz erst selten zu Gewalt. Die Szenen vor dem Regionalgericht in Bern haben viele Unbeteiligte vor Ort in Angst versetzt. Vor diesem Hintergrund bittet die Unterzeichnende die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Rockerbanden sind aktuell im Kanton Basel-Stadt aktiv?
2. Wie viele Mitglieder haben diese Rockerbanden?
3. Hat das JSD Kenntnisse davon, inwiefern die im Kanton ansässigen Rockerbanden in (organisiertes) Verbrechen involviert sind?
4. Werden die Aktivitäten der Rockerbanden im Kanton in irgendeiner Weise beobachtet/überwacht? Wenn ja, wie?
5. Inwiefern sind Konzepte vorhanden, um auf allfällige Bandenkriege, Gewaltausschreitungen zwischen Banden in der Öffentlichkeit zu reagieren und die Bevölkerung zu schützen?

Brigitte Gysin

**6. Schriftliche Anfrage betreffend Teilpensen von Lehrpersonen in der Volksschule von Basel-Stadt**

22.5321.01

Im Zusammenhang mit dem Mangel an Lehrpersonen ist ebenso die Diskussion der Teilpensen in den Fokus gerückt. Beispielsweise in der NZZ am Sonntag vom 12. Juni 2022, wo ausgeführt wurde, dass mit einer Aufstockung aller Pensen um ein Prozent im Kanton Zürich 250 Vollpensen geschaffen würden.

Der Zahlenspiegel Bildung 20/21 des Kantons Basel-Stadt zeigt auf, dass im Jahr 2019 83% aller Lehrpersonen mit einem Teilpensum von durchschnittlich 66 Prozent arbeiteten. Im Total sind an der Volksschule im Schuljahr 2019/20 2610 Lehrpersonen angestellt. Sie teilen sich ein Total von 1710 100%-Pensen. Die Zahlen werden nicht weiter aufgeschlüsselt.

Abgesehen davon, dass es grundsätzlich interessant ist, die Ursachen für die Teilzeitanstellungen der Lehrpersonen auf der Primarstufe zu ergründen, ist die Tatsache auch deshalb von Bedeutung, weil dies dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler von zahlreichen Personen unterrichtet werden.

Aber gerade die Beziehungsarbeit und damit verbunden der Zeifaktor im Umgang mit der Schülerschaft ist ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit. Dieser Aspekt ist besonders deshalb wichtig, weil kaum mehr eine Klassenlehrperson im Vollpensum unterrichtet. Auf der Sekundarstufe sind Teilpensen wegen des Fachunterrichts eventuell eher erklärbar.

In Zusammenhang mit dem Lehrpersonenmangel und den damit einhergehenden pädagogischen Auswirkungen interessieren nun aber insbesondere die quantitativen Aspekte. Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen bezüglich Teilpensen. Dabei gehe ich von der Berücksichtigung von kumulierten Pensen aus, wenn Lehrpersonen standortübergreifend arbeiten.

1. Wie viele Lehrpersonen arbeiteten in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 an der Volksschule im Total, wie viele davon mit einem Teilpensum?
2. Basierend auf dem Zahlenspiegel 20/21, wie verteilen sich die Teilpensen von 2019 auf die unterschiedlichen Stufen der Volksschule (Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule)?
3. Wie sind die Teilpensen der Lehrpersonen im Schuljahr 2019/20 in der Primarstufe und Sekundarstufe umfangmässig verteilt? Bitte nach Beschäftigungsgrad aufschlüsseln.
4. Wie viele Studierende arbeiten in den Jahren 2019/2020/2021 in einem Teilpensum in der Volksschule? In welchem Umfang? Auf welcher Stufe?
5. Wie viele Teilpensen werden in der Volksschule von Lehrpersonen ohne Ausbildung bzw. adäquater Qualifizierung unterrichtet? In welchem Umfang, welcher Stufe?
6. Welche Ursachen liegen den Teilpensen aus Sicht der Regierung zu Grunde, grundsätzlich und im speziellen in Bezug auf die strukturelle Überzeit und die allgemeine Arbeitsbelastung von Lehrpersonen?

Sandra Bothe

**7. Schriftliche Anfrage betreffend „Werden infantile Ideen von Flâneur Basel mit Steuergeldern alimentiert?“**

22.5324.01

Anfang Juni 2022 wurde bekanntgegeben, dass das Stadtraumfestival „Flâneur Basel“ je vier Trinkwasserbrunnen für jeweils einen Monat bepflanzen wird. Eine erste Bepflanzung wurde sodann bei den vier bekannten Basler Brunnen (Pisoni-Brunnen auf dem Münsterplatz, Samson und Delila-Brunnen am Barfüsserplatz, Neuer Lyssbrunnen am Rümelinsplatz sowie am „Johannes der Täufer“-Brunnen am Spalenberg) vorgenommen und so wichtige Trinkquellen ihrer eigentlichen Nutzungsbestimmung entzogen.

Bereits nach wenigen Tagen war die Empörung entsprechend gross und weitherum viele negative Reaktionen feststellbar. Mit der zunehmenden Wärme, angesichts des Umstandes, dass es Sommer ist, wurde die Kritik noch lauter und es entstanden Protestaktionen gegen diese Idee, welche von StadtKonzeptBasel (vormals Pro Innerstadt)

lanciert wurde. Knapp drei Wochen später wurde mitgeteilt, dass die Aktion nicht fortgeführt und auf weitere Bepflanzungen, vermutlich v.a. aufgrund der vielen negativen Reaktionen, verzichtet wird. Weitere Stellungnahmen gaben die ansonsten redseligen Verantwortlichen nicht ab.

Flâneur Basel will in den kommenden Monaten mit weiteren Aktionen auf sich aufmerksam machen. Es handelt sich bei diesem Festival um eine Initiative von StadtKonzeptBasel und wird u.a. durch den Stadtbelebungsfonds des Kantons Basel-Stadt, welcher mit sechs Millionen Franken der Steuerzahler alimentiert ist, mitfinanziert. Entsprechend scheint es wichtig zu sein, dass Projekte realisiert werden, welche der Stadtaufwertung/-belebung tatsächlich dienen und – so wird es auch in der Zweckbestimmung des Fonds ausgeführt – die „Aufenthaltsdauer der Besucher/innen in der Basler Innenstadt verlängern.“ Dies gilt es bei diesem Projekt zu hinterfragen.

Am konkreten Brunnen-Projekt waren auch die IWB beteiligt. Gemäss §60 Abs. 4 der „Ausführungsbestimmungen von IWB betreffend die Abgabe von Trinkwasser“ erheben die IWB für den Bezug des Trinkwassers einen kostendeckenden verbrauchsabhängigen Zuschlag, der die Aufwendungen der öffentlichen Brunnen deckt. Die IWB sind verantwortlich für Betrieb und Unterhalt der Brunnen – was auch deren Funktionsfähigkeit beinhaltet. Werden Brunnen aber für Projekte wochenlang ihrem eigentlichen Nutzen vorbehalten, bleibt fraglich, ob die Gebührenerhebung noch gerechtfertigt ist.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch waren die für dieses Projekt via Stadtbelebungsfonds gesprochenen Geldmittel?
2. Haben sich die IWB am Projekt finanziell beteiligt? (Falls ja, bitte Personal- und Sachkosten einzeln auflisten)
3. Haben sich andere Stellen des Kantons am Projekt finanziell beteiligt?
4. Erachtet der Regierungsrat die Zweckentfremdung dieser öffentlichen Wasserquellen – noch dazu im Sommer – für richtig und den Vorschriften der o.g. Ausführungsbestimmungen entsprechend korrekt?
5. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass mit einem derartigen Projekt die Innenstadt tatsächlich aufgewertet und belebt wird und eine positive Aussenwirkung entsteht?
  - 5.1 Falls ja, welche messbaren Parameter belegen diese These?
6. Werden durch den Stadtbelebungsfonds mitfinanzierte Projekte hinsichtlich ihrer Wirkung vorgängig mit messbaren Parametern geprüft und im Anschluss nach Abschluss überprüft?
7. Ist beabsichtigt gewesen, die Gebühren für den Bezug des Trinkwassers für die Konsumentinnen und Konsumenten zu senken, wenn – wie ursprünglich geplant – diverse Brunnen monatelang ausser Betrieb sind?
  - 7.1. Falls nein, weshalb nicht?

Joël Thüring

## 8. Schriftliche Anfrage betreffend Anzahl Demonstrationen in Basel

22.5325.01

In letzter Zeit kommuniziert der Regierungsrat verschiedene Tabellen mit der Anzahl der Demonstrationen, die in Basel pro Jahr stattfinden - unter anderem in der Stellungnahme zur Motion 21.5768.02 betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstrationen. Die Tabellen zeigen eine Steigerung der Anzahl Demonstrationen von 85 im 2015 auf 275 im 2021.

Dass die Anzahl Demonstrationen zugenommen hat, ist unbestritten. Die starke Zunahme und insbesondere die hohe Zahl von 275 Demonstrationen im 2021 sind allerdings erklärungsbedürftig, denn es ist schwer vorstellbar, dass im 2021 durchschnittlich mehr als 5 Demonstrationen pro Woche stattgefunden haben sollen.

Demonstrationen und Kundgebungen sind für eine zunehmende Anzahl Personen wichtige Mittel, um ihre politische Meinung in einer breiten Öffentlichkeit sichtbar kund zu tun, oder auf welt- oder lokalpolitische Ereignisse zu reagieren. Das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, wie auch auf Versammlungsfreiheit gerät aber vermehrt unter Druck. Es werden Nutzungskonflikte heraufbeschworen und die steigende Anzahl Demonstrationen wird als Argument für die Forderung nach Einschränkungen benutzt.

Eine wichtige Grundlage, um die verschiedenen Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu erfüllen, ist neben der sorgfältigen Koordination auch ein offener und faktenbasierter Dialog mit allen Anspruchsgruppen. Aus diesem Grund ist es wichtig, mehr Details zur kommunizierten Anzahl Demonstrationen und Kundgebungen zu kennen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Art Anlässe (Demonstrationen, Platzkundgebungen, Standaktionen, Mahnwachen etc.) fliessen in die veröffentlichte Statistik der Anzahl Demonstrationen ein?
2. Wie viele Demonstrationen, wie viele Platzkundgebungen, wie viele Mahnwachen etc. fanden 2021 statt? Bitte einzeln aufschlüsseln.
3. An wie viele Demonstrationen, Kundgebungen etc. nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 20, zwischen 21 und 50, zwischen 51 und 100, zwischen 101 und 500, mehr als 500 Personen teil? Bitte einzeln aufschlüsseln.
4. Bei wie vielen Demonstrationen, Kundgebungen etc. musste der öffentliche Verkehr umgeleitet werden?

5. Bei wie vielen Demonstrationen, Kundgebungen etc. kam es zu erheblichen Verspätungen im öffentlichen Verkehr (mehr als 30 Minuten)?
6. Zu welchen Zeiten fanden die 275 Demonstrationen, Kundgebungen etc. im 2021 statt? Bitte aufschlüsseln nach Wochentagen und Tageszeiten.

Heidi Mück